



Arbeit als Ausweg

Berufstätigkeit und finanzielle Unabhängigkeit sind für Frauen wichtige Faktoren, um Gewaltbeziehungen zu entkommen ▶ Seiten 4 bis 5



Lernen für den Wiedereinstieg in den Beruf: Eine Arbeit ist entscheidend, um aus einer Gewaltspirale auszubrechen.

Arbeit stärkt Frauen

GEWALT: Finanzielle Unabhängigkeit erleichtert oftmals den Weg aus Gewaltbeziehungen



Gewalt gegen Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das mit unterschiedlichen Strategien und Konzepten bekämpft werden muss. Für die italienische Kammerpräsidentin Laura Boldrini gehört Arbeit zu den zentralen Instrumenten, um aus der Gewaltspirale zu entkommen. Höhere Beschäftigungsraten, berufliche Wiedereinstiegsmöglichkeiten und ökonomische Sicherheit seien ein wirksames Gegenmittel gegen die Gewalt.

30 Prozent der jungen Mütter schmeißen in Italien nach dem ersten Kind ihre Arbeit hin. Tendenz steigend. Zwischen 2005 und 2012 ist die Zahl jener, die sich nach der Mutterschaft für längere Zeit vom Job verabschiedet haben, sogar um 4 Prozent gestiegen. Ein deutliches Zeichen dafür, dass gerade Frauen mit Familie in der Berufswelt immer noch vor besonders hohen Hindernissen stehen.

Dabei nimmt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine zentrale Rolle ein. Ist sie doch maßgeblich für die niedere Erwerbsquote der Frauen, für die breite Lohnschere und die noch breitere Rentenschere zwischen den Geschlechtern und das hohe Armutsrisiko im Alter verantwortlich. Eine Studie der deutschen Bertelsmann-Stiftung hat ergeben, dass die Doppelbelastung für Frauen eine entscheidende Karrierebremse darstellt: Frauen in Elternzeit würden vom Radarschirm der Führungskräfteentwicklung verschwinden, während ihre männlichen Konkurrenten die nächste Stufe nehmen. Ähnliches gelte für die Teilzeit – für

viele Frauen die einzige Chance, um Beruf, Kinder und Haushalt unter einen Hut zu bringen. Doch bekanntlich steigt man in der Teilzeit-Realität nicht auf,

„Wer finanziell unabhängig ist, ist meist nur vorübergehend auf eine Wohnmöglichkeit im Frauenhaus angewiesen und kann sich und seine Kinder selbst über Wasser halten.“

Sara Bagozzi,
Frauenhaus Meran

und wer schon oben war, steigt oft sogar ab.

Weniger Arbeit bedeutet aber nicht nur geringere Anerkennung, sondern auch kleinere Gehälter und, später einmal, auch schmale Renten – mit allen Folgen, die daraus entstehen.

Arbeit als „Gegenmittel zur Gewalt“

Am vergangenen 25. November, dem internationalen Tag ge-



gen die Gewalt an Frauen, hat Kammerpräsidentin Laura Boldrini ein weiteres Argument in die Diskussion eingebracht: „Arbeit ist ein wichtiges Gegenmittel gegen Gewalt“, so ihre Worte. Eines sei klar: Geld sei ein starkes Druckmittel, um Frauen in einer Beziehung festzuhalten.

Ebenso gilt jedoch, dass sozialer Status, Bildungsniveau und Einkommen vor Gewalt nicht schützen (siehe dazu auch eigenen Artikel). „Oft tun sich Frauen aus höheren gesellschaftlichen Schichten sogar schwerer, über ihre Situation zu sprechen. Die Hemmschwelle ist größer“, weiß Sara Bagozzi vom Meraner Frauenhaus aus Erfahrung. „Diese Opfer müssen ebenso begleitet und unterstützt werden, wie alle anderen auch. Was jedoch stimmt ist, dass Frauen mit einer gesicherten Existenz der Gewaltspirale schneller entkommen als jene, die vor dem finanziellen Nichts stehen. Wer finanziell unabhängig ist, ist meist nur vorübergehend auf eine Wohnmöglichkeit im Frauenhaus angewiesen, kann sich und seine Kinder selbst über Wasser halten und



„Wer kein eigenes Einkommen hat, der hat immer die schlechteren Karten.“

Annamaria Spellbring,
Frauenhaus in Brixen

verfügt meist über bessere Sozialkontakte.“

Wie entscheidend Arbeit für das Ausbrechen aus der Gewaltspirale ist, bestätigt auch das Procedere der Frauenhäuser. Für diese Einrichtungen gilt die Wiedereingliederung ihrer Schützlinge in das Berufsleben als oberste Priorität. „Gewaltbetroffene Frauen haben da gar keine Alternative“, bestätigt Annamaria Spellbring vom Frauenhaus in Brixen. „Denn wer kein eigenes Einkommen hat, der hat immer die schlechteren Karten.“

Es gibt aber auch noch einen anderen Grund, um den (Wieder)Einstieg in die Arbeitswelt zu forcieren: Die Aussicht auf einen Job gilt, gerade in schwierigen Situationen, als konkreter Anhaltspunkt.

Projekt in Meran

Umso relevanter erscheinen Initiativen wie jene des Soroptimist-Clubs Merania. Pünktlich zum Tag gegen die Gewalt an Frauen hat der Service-Verein die Mitfinanzierung eines Projektes zugesichert, das vom Schalter- und Schulungsdienst „Empowerment für Frauen“ ausgearbeitet wurde. 6 Monate lang soll eine Gruppe von gewaltbetroffenen Frauen auf der Suche nach Arbeit begleitet werden. In der Gruppenarbeit werden die Kompetenzen dieser Opfer eruiert. Zudem sollen Motivation und Selbstwertgefühl gestärkt sowie Strategien für die Jobsuche ausgearbeitet werden.

In ihrem Appell für mehr Arbeit hat Laura Boldrini auf die notwendigen Schritte hingewiesen, um dieses Anliegen zu realisieren. Dabei war von mehr Betreuungsstellen für die Kleinen ebenso die Rede wie von flexiblen Arbeitszeiten, neuen Arbeitsmodellen, fairen Ein-



kommen und einem radikalen Mentalitätswechsel. Denn Kindererziehung gelte, und zwar nicht nur in Italien, immer noch als Sache der Frauen. Die Kammerpräsidentin hat in diesem Zusammenhang aber auch die jüngste Arbeitsmarktreform von Premierminister Matteo Renzi kritisiert. Dessen „Jobs Act“ würde die Situation der Frauen keineswegs entlasten.

Problem Finanzierung

Dieser Analyse pflichtet auch Silvia Vogliotti, Vizedirektorin des Arbeitsförderungsinstitutes (AFI) bei. „Die Reform sieht vor, dass die angesparte Elternzeit nicht nur bis zum 8. sondern bis zum 12. Lebensjahr eines Kindes genutzt werden kann. Das ändert allerdings nicht viel, denn gerade die ersten Jahre sind bekanntlich die schwierigsten.“ Überhaupt nichts Neues bringe die Reform hingegen für den vieldiskutierten Vaterschaftsurlaub. „Hier hält das Gesetz, trotz großer Ankündigungen, an einem einzigen Tag fest.“



„Man hat da wohl nachgerechnet, was ein längerer Vaterschaftsurlaub kosten würde, und hat alles wieder abgeblasen.“

Silvia Vogliotti,
AFI

Das Thema war bereits 2012 im Rahmen der Fornero-Reform angegangen worden. „Damals war von 15 Tagen die Rede, doch dann hat man wohl nachgerechnet, was eine solche Maßnahme kosten würde, und hat alles wieder abgeblasen“, sagt Vogliotti.

Damit lässt die Politik aber nicht nur die Frauen im Stich, sondern auch weitere wichtige Faktoren außer acht: „Denn die Wirtschaftskrise können wir nur hinter uns lassen, wenn wir die Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt erhöhen“, betonte Laura Boldrini. „Wir können es uns nicht leisten, dieses enorme Humankapital brach liegen zu lassen.“ (mc)

© Alle Rechte vorbehalten